

Bremerhaven, 20.10.2025

Anfrage - Nr. StVV - AF 26/2025 (§ 38 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 04.12.2025		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Gesetz mit Gas, Verwaltung auf Standgas? (BD-Fraktion)

Mit den kürzlich beschlossenen bundesrechtlichen Beschleunigungsregelungen („Bauturbo“) erhält auch Bremerhaven befristet bis zum 31.12.2030 zusätzliche Spielräume, um Wohnungsbau schneller zu ermöglichen. Insbesondere durch vereinfachte Verfahren und erweiterte Ermessensentscheidungen. Diese Chance ist jedoch nur dann effektiv, wenn der Magistrat umgehend handelt, Prioritäten setzt und Umsetzungshürden aktiv angeht. Das größte Problem dürften hierbei die personellen Ressourcen in der Bauaufsicht und anderen betroffenen Ämtern darstellen. Doch auch die zügige Standardisierung von Abläufen, wie Checklisten, Musterbegründungen und digitalen Workflows, sowie Rechts- und Lärmschutzfragen müssen sofort in den Fokus genommen werden. Auch die knappe Befristung bis 2030 erfordert ein sofortiges Handeln, um diese Gelegenheit aktiv zu nutzen. Was nicht zügig angestoßen und entscheidungsreif gemacht wird, läuft Gefahr, die Frist zu reißen und den Beschleunigungseffekt zu verpuffen.

Da mit diesem Gesetz nicht die Probleme und Hürden auf Investorenseite, wie hohe Baukosten, Zinsen und ein Mangel an ausführenden Unternehmen, gelöst werden können, ist es umso wichtiger, konkret zu klären, was der Magistrat von seiner Seite her unternimmt, welche Projekte das Kollegialorgan oder der Baustadtrat vorzieht, wie Kapazitäten und Verfahren für einen belastbaren „Fast-Track“ geschaffen werden, wie rechtliche Risiken minimiert werden, wie Infrastrukturfolgen berücksichtigt werden und wie Fortschritt transparent gemessen wird. Oder kurz: ob aus dem Beschleunigungsrecht beschleunigtes Bauen wird oder ob Chancen an Personal, Prozessen und Zeit scheitern.

Daher fragen wir den Magistrat:

1. Welche konkreten Wohnungsbau-Vorhaben in der Stadt Bremerhaven sollen durch das neue Gesetz bis 2030 vorgezogen werden? Bitte unter Angabe der Anzahl der neuen Wohneinheiten sowie des geplanten Start-/Bescheiddatums.
2. Gibt es eine zentrale Arbeitsgruppe aus Mitarbeitern der Bereiche Bau, Recht und Umwelt, die Fast-Track-Fälle priorisiert und entscheidet?
 - a. Wenn ja, wer leitet die Arbeitsgruppe und wie oft tagt sie?
3. Wie viele Stellen in welchen Ämtern wurden neu ausgewiesen oder umgeschichtet, um den „Bauturbo“ umzusetzen?
 - a. Wenn nicht oder nicht ausreichend, wie viele personelle Lücken bestehen und wie sollen sie kurzfristig geschlossen werden?
4. Welche Musterbegründungen, Checklisten und digitalen Workflows (eAkte, Fristencontrolling) nutzt die Verwaltung für mögliche Einzelfallzulassungen, damit Ermessensspielräume schnell und rechtssicher ausgeschöpft werden?
5. In welchen Fällen plant der Magistrat, die durch das Gesetz möglichen Abweichungen/Erleichterungen beim Lärmschutz zu nutzen?

6. Beabsichtigt der Magistrat, sich beim Bremer Senat und dem Deutschen Städtetag für eine Fristverlängerung der Beschleunigungsregelungen über 2030 hinaus einzusetzen?

Julia Tiedemann